

# Der Rundbrief



für ver.di Aktive im OV Saar

Ausgabe 18/24 (Nr.24) am 11.10.24

**Den Frieden gewinnen, nicht den Krieg:**

## Ulrike Eifler kommt zu uns

**Nach der Friedensdemonstration in Berlin beschäftigen wir uns mit der Rolle der Gewerkschaften in der Friedensbewegung. Dazu haben wir Ulrike Eifler am 14. November nach Saarbrücken eingeladen.**

Auch in den Gewerkschaften führen wir die Diskussion über Krieg und Frieden. Der OV Saar der Gewerkschaft ver.di hat dabei klar Position bezogen und für den Schulterschluss mit der Friedensbewegung geworben. Unter der Losung „Sozial statt kriegstüchtig“ beteiligten sich Aktivisten unserer Gruppe an den verschiedensten Aktionen.

Unsere Position: Um das sinnlose Töten so schnell wie möglich zu beenden, müssen Verhandlungslösungen auf den Weg gebracht werden. Gleichzeitig zeigen die letzten Tarifrunden, wie sehr sich außenpolitische und verteilungspolitische Fragen ineinander verschränken. Ist Umverteilung schon zu Friedenszeiten eine Herausforderung - in Zeiten von Krieg und Auf-

rüstung ist sie ungleich größer. Jeder Euro, der in diesen Krieg gesteckt wird, fehlt für Gesundheit, Bildung, Verkehr, Sozialpolitik oder den sozial-ökologischen Umbau.

Doch Kriege drängen Gewerkschaften auch in Widerspruchskonstellationen. Und so steht die Gewerkschaftsbewegung wieder einmal vor der Herausforderung, im Spannungsverhältnis von betrieblicher Interessenvertretung und sozialer Bewegung ihre Rolle als Friedensorganisation auszubuchstabieren. Eine breite innergewerkschaftliche Debatte ist dazu im Gange, bei der so mancher friedenspolitische Grundsatz auf den Prüfstand gestellt wird.

Unsere Referentin gehört mit Prof. Dr. Peter Brandt (Historiker), Reiner Braun (Intern. Friedensbüro), Anke Brunn (Landesministerin a.D.), Prof. Dr. Hertha Däubler-Gmelin (Bundesjustizministerin a.D.), Bärbel Dieckmann (Eh. Präsidentin Welthungerhilfe), Michael Müller (Parl. Staatssekretär a.D.), Helga Schwitzer (ehem. gVorstand IG Metall), Jörg Sommer (Vors. Deutsche Umweltstiftung) und Willi van Ooyen (Bundesausschuss Friedensratschlag) zu den Erstaufrufern der Initiative „Nein zu Deutschland als Kriegspartei - Nein zu neuen Mittelstreckenraketen“. Sie ist Herausgeberin des Buches „Den Frieden gewinnen, nicht den Krieg“. Das ist auch unser Anliegen.



# Den Frieden gewinnen, nicht den Krieg



**Zur Rolle der Gewerkschaften in der Friedensbewegung nach der Berliner Demonstration am 3. Oktober 24.**

**A**uch in den Gewerkschaften führen wir die Diskussion über Krieg und Frieden. Der OV Saar der Gewerkschaft ver.di hat dabei klar Position bezogen und für den Schulterschluss mit der Friedensbewegung geworben. Unter der Losung „Sozial statt kriegstüchtig“ beteiligten sich Aktivisten unserer Gruppe an den verschiedensten Aktionen.

Unsere Position: Um das sinnlose Töten so schnell wie möglich zu beenden, müssen Verhandlungslösungen auf den Weg gebracht werden.

Gleichzeitig zeigen die letzten Tarifrunden, wie sehr sich außenpolitische und verteilungspolitische Fragen ineinander verschränken.

Ist Umverteilung schon zu Friedenszeiten eine Herausforderung - in Zeiten von Krieg und Aufrüstung ist sie ungleich größer. Jeder Euro, der in diesen Krieg gesteckt wird, fehlt für Gesundheit, Bildung, Verkehr, Sozialpolitik oder den sozial-ökologischen Umbau.

Doch Kriege drängen Gewerkschaften auch in Widerspruchskonstellationen. Und so steht die Gewerkschaftsbewegung wieder einmal vor der Herausforderung, im Spannungsverhältnis von betrieblicher Interessenvertretung und sozialer Bewegung ihre Rolle als Friedensorganisation auszubuchstabieren. Eine breite innergewerkschaftliche Debatte ist dazu im Gange, bei der so mancher friedenspolitische Grundsatz auf

den Prüfstand gestellt wird.

Unsere Referentin gehört mit Prof. Dr. Peter Brandt (Historiker), Reiner Braun (Intern. Friedensbüro), Anke Brunn (Landesministerin a.D.), Prof. Dr. Hertha Däubler-Gmelin (Bundesjustizministerin a.D.), Bärbel Dieckmann (Eh. Präsidentin Welthungerhilfe), Michael Müller (Parl. Staatssekretär a.D.), Helga Schwitzer (ehem. gfVorstand IG Metall), Jörg Sommer (Vors. Deutsche Umweltstiftung) und Willi van Ooyen (Bundesausschuss Friedensratschlag) zu den

Erstaufzählern der Initiative „Nein zu Deutschland als Kriegspartei - Nein zu neuen Mittelstreckenraketen“. Sie ist Herausgeberin des Buches „Den Frieden

## Vortrag und Diskussion mit **Ulrike Eifler**

**Donnerstag, 14. 11. 24 18 Uhr**

**ver.di Versammlungsraum**

**St. Johanner Str. 49 in Saarbrücken**

gewinnen, nicht den Krieg“.

Ulrike Eifler studierte in Marburg Politologie und Sinologie. Im Anschluss arbeitete sie als Journalistin.

Von 2009 bis 2019 war sie in unterschiedlichen Funktionen als Gewerkschaftssekretärin für den DGB tätig, zuletzt als Geschäftsführerin der DGB Region Südosthessen. Von 2019 bis 2020 leitete sie das Auslandsbüro der Rosa-Luxemburg-Stiftung in Genf mit dem Schwerpunkt Internationale Gewerkschaftspolitik. Aktuell arbeitet sie als Gewerkschaftssekretärin in Würzburg. Sie ist Bundessprecherin der Bundesarbeitsgemeinschaft Betrieb & Gewerkschaft in der Partei DIE LINKE.

**Gewerkschaften  
für den Frieden**



Vorgestellt:

# Wer ist die Kollegin Ulrike?

Am 14. November kommt die Kollegin Ulrike Eifler aus Würzburg um mit uns über Gewerkschaft und Frieden zu diskutieren. Wir stellen sie vor.

Ulrike Eifler, geboren 1975 im brandenburgischen Eberswalde. Kollegin Ulrike kommt aus einer Krankenpflegefamilie und ist die erste, die Abitur gemacht und studiert hat. Sie selbst verortet ihren Platz stets an der Seite derjenigen, die für die Verbesserung ihrer Lebens- und Arbeitsbedingungen eintreten.

Sie studierte in Marburg Politik und Sinologie. Im Anschluss arbeitete sie als Journalistin. Von 2009 bis 2019 war sie in unterschiedlichen Funktionen als Gewerkschaftssekretärin für den DGB tätig, zuletzt als Geschäftsführerin der DGB Region Südostthessen.



Von 2019 bis 2020 leitete sie das Auslandsbüro der Rosa-Luxemburg-Stiftung in Genf mit dem Schwerpunkt Internationale Gewerkschaftspolitik.

Aktuell arbeitet sie als Gewerkschaftssekretärin in Würzburg.

Sie ist Bundessprecherin der Bundes-

desarbeitsgemeinschaft Betrieb & Gewerkschaft in der Partei DIE LINKE.

Ulrike ist eine erfahrene Gewerkschaftsfunktionärin, mit ihren Veröffentlichungen gehört sie in der Bundesrepublik auch zu den theoretischen



Köpfen der Gewerkschaftsbewegung. Davon zeugen ihre Bücher und wissenschaftlichen Artikel. Allerdings hat sie sich auch mit Lyrik und Prosa einen Namen gemacht und mehrere Literaturpreise gewonnen. Sie veröffentlichte eine Arbeit zur chinesischen Arbeiterbewegung und war selbst zu einem Studienaufenthalt in Beijing.

Besonders von Interesse ihre Arbeit zu den gewerkschaftlichen Machtressourcen zwischen Autoritarismus und Aufbruch. In einem Buch mit diesem Titel befasste sie sich 2023 mit der wachsenden Zahl von Protesten wie der Black Lives Matter-Bewegung in den USA oder den gilets jaunes in Frankreich. Die weltweit wachsende Wut schürte die Krise liberaler Demokratien und begünstigte Rechtspopulismus und Rechtsextremismus. Ulrike machte zudem die kritischen Kerne des Systems sichtbar und sei-



ne Rücksichtslosigkeit gegen die populären Klassen. Im historischen Rückblick haben die lohnabhängigen Klassen in den Krisen ihrer Zeit stets eine wichtige Rolle gespielt, und so wird die Frage nach einem Klassenhandeln auch in der Gegenwart drängend. Wie verändern sich Gewerkschaftsmacht oder -ohnmacht unter den Bedingungen eines wachsenden Autoritarismus? Handelt es sich um einen unveränderlichen Status Quo oder bleibt ihnen eine strategische Wahl?

Ulrike Eifler setzt sich dafür ein, dass Gewerkschaften das Thema Krieg und Frieden stärker in den Fokus nehmen, denn ein Erstarren des Militärischen führt zur Schwächung der Gewerkschaften.

Besonders sei im Zusammenhang mit unserer Veranstaltung in Saarbrücken auf das Buch „Den Frieden gewinnen, nicht den Krieg“ verwiesen, das im Verlag „Westfälisches Dampfbboot“ erschienen ist. Hier ist Ulrike Herausgeberin.

Im Vorwort stellt unser saarländischer Kollege Heinz Bierbaum die unterschiedlichen prominenten Autor\*innen vor.

Ohne jetzt auf das ganze Büchlein einzugehen, sei auf die ausführliche Analyse der geopolitischen Lage von Ingar Soltys verwiesen. Ohne diesen Blick wird es schwierig sein, sowohl die Ereignisse in der Ukraine aber auch im Nahen Osten einordnen zu können.

Die Ansätze, den teils hausgemachten Krisen im Zuge der Pandemie-Maßnahmen und nun der explodierenden Aufrüstungs- und Kriegspolitik in gewerkschaftlichem Interesse entgegenzuwirken, müssen demnach scheitern, wenn sie sich oberflächlich auf Entlastung der damit verbundenen Teuerungen beschränken. Auf die Tatsache, dass wir nicht nur in einer der „einfachen“ konjunkturzyklischen Krisen des globalen Kapitalismus stecken, haben andere schon hingewiesen. So erkennt Klaus Dörre z. B. eine ökologisch-ökonomische Zangenkrise. Wir selbst haben den begriff Polykrise benutzt. Ingar Soltys definiert hier nun konkret differenzierend eine dauerhafte „Sechs-Dimensionen-Krise“ und setzt den Ukraine-Krieg in deren Kontext. Er weist schließlich darauf hin, dass ein Handeln gegen die Belastungen aus den aktuellen Kriegen und Krisen hier und jetzt beginnen muss: „Denn wenn



es stimmt, dass sich die Verarmung breiter Bevölkerungsteile nicht abwenden lässt, solange sich die Gewerkschaften nur auf tarifpolitisches Kerngeschäft konzentrieren, dann muss die Beendigung des Ukrainekrieges (und die Unterstützung des als völkermörderisch angeklagten Gaza-Krieges sei hinzugefügt), der ja die Haupttriebkraft der Inflation ist, auf die Tagesordnung der Gewerkschaften gesetzt werden.“ Die Antwort auf die Frage „Was tun?“ ist für ihn klar: „Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter, sozialistische und sozialdemokratische Parteien, klimapolitisch und umweltpolitisch orientierte Menschen, sie alle müssen diese Verbindungen herzustellen versuchen.“ Motivation und Mut dazu ließe sich aus den „tiefen Widersprüchen des globalen Kapitalismus in seiner Dauerkrise“ schöpfen, denn sie seien die „Triebfeder von Veränderung“. Aus ihnen ergäbe sich ein gesellschaftspolitischer Zusammenhang oder in den Worten Soltys eine „strukturelle Konvergenz von sozialer Frage, Friedensfrage und Klimafrage“. Sicher muss die Frage der aktuellen und strukturellen Rechtstendenzen hier auch eingeschlossen werden. Dass eine solche radikale Analyse nichts mit Entmutigung zu tun hat, belegt Soltys am Schluss mit Bert Brechts Hinweis auf die Widersprüche, „die doch unsere Hoffnung sind“.



## Berliner Appell gestartet

# Zur Friedensdiskussion in den Gewerkschaften

**Auf der Demo in Berlin gäbe es auch wieder mehr Demonstranten aus den Gewerkschaften. Die Debatte innerhalb der Gewerkschaften ist nicht einfach. Aber, es tut sich was.**

Die Berliner Demo am 3. Oktober wurde von einem breiten Bündnis getragen. Wir berichteten im letzten Rundbrief. Ein Lichtblick, wenn auch bescheiden, war das einige Gewerkschaftsgremien und Funktionäre auch zu der Demo aufriefen, dort teilnahmen und auch sprachen .



Nach den zähen Debatten auf den Gewerkschaftstagen letztes Jahr, dem Ringen der Friedenskräfte in örtlichen Versammlungen und Gremien ist dies ein kleiner Hoffnungsschimmer, dass die Friedenskräfte in den Gewerkschaften nicht ganz verstummt sind. Es fehlt offenbar doch an der breiten Unterstützung der Politik der „Zeitenwende“ und immer mehr scheinen sich an den Friedensauftrag der Gewerkschaft erinnern.

So hatten unter anderem die IG Metall von Berlin, Jena-Saalfeld-Gera, Hanau und Würzburg zur Demo in Berlin aufgerufen. Auch der ver.di-Landesfachbereich Finanzdienste, Kommunikation und Technologie, Kultur, Ver- und Entsorgung des Bezirks Berlin-Brandenburg, der ver.di-Bezirk Stuttgart sowie der Bezirksvorstand der IG BAU Berlin gehörten wir der Ortsverein Saar unserer ver.di gehörten zu den Aufrufern. Dazu jede Menge Einzelaufrufer.

Auf der eindrucksvollen Demonstration am 3.10.2024 der über 40.000 Teilnehmerinnen und Teilnehmern wurde der „Berliner Appell gegen die neuen Mittelstreckenwaffen“ verkündet. Zu den Erstunterzeichnern zählen auch bekannte

Gewerkschafter wie der ver.di Landesbezirksleiter Baden-Württemberg, Martin Gross, die Gewerkschaftssekretärin Ulrike Eifler und der Gewerkschaftssekretär Ralf Krämer. Hans-Jürgen Urban vom Vorstand der IG Metall, mit dem wir dieses Jahr eine Veranstaltung zur Transformation in Saarbrücken durchführten, ist ebenfalls Erstunterzeichner wie die ehemaligen Gewerkschaftsvorsitzende der IG Metall Jürgen Peters und Klaus Zwickel.

Jetzt hat die Unterschriftensammlung begonnen. Unterschriften können hier geleistet werden: <https://nie-wieder-krieg.org/berliner-appell/> Wir sind dabei.

Mit der Bildung des Ortsvereins Saar der ver.di am 18. Juli 2023 wurde in den beschlossenen Vorhaben der Friedenspolitik einen wichtigen Stellenwert eingeräumt und so war die Gruppe mit 17 Kolleginnen und Kollegen beim Antikriegstag des DGB in Völklingen vertreten. Die Frage Krieg und Frieden beschäftigte auch den 6. ver.di Bundeskongress. Wie ist die Position? Bis spät in der Nacht wurde diskutiert, ein veränderter Leitantrag wurde mehrheitlich angenommen. Mitbeschlossen wurde auch, dass unterschiedliche Meinungen zum Ukrainekrieg ihren Platz in ver.di haben. Für uns Anlass im Oktober mit dem emeritierten Professor für Politikwissenschaft an der Philipps-Universität in Marburg, Dr. Frank Deppe, eine Veranstaltung „Die Waffen nieder - Gewerkschaften in Kriegszeiten“ durchzuführen.

Frank Deppe bedauerte den Mehrheitsbeschluss auf dem ver.di-Kongress, betonte allerdings gleichzeitig die Notwendigkeit, die Diskussion darüber zu führen. Die Zeit sei aus den Fugen und man müsse auf die Polykrisen auch in der Gewerkschaft Antworten finden. Die Rolle der Gewerkschaften als Teil der Friedensbewegung sei nie widerspruchsfrei gewesen. So sprach er über die Position im Zusammenhang mit dem Ersten Weltkrieg und der Zustimmung zu den Kriegskrediten 1914. In den realen Auseinandersetzungen zwischen Arbeiterbewegung und Herrschenden zeige sich halt stets, dass es die abhängig Beschäftigten sind, die unter Krieg und Rüstung zu leiden hätten. Deppe analysierte die sich veränderten Rahmenbedingungen in



der Welt, er machte auf die „Verlagerung“ der Weltwirtschaft vom Atlantik zum Pazifik aufmerksam. Anknüpfend an die Alltagserfahrungen würden die Menschen erkennen, dass für Bildung, für Gesundheit, für Wohnen und für Verkehrswende kein Geld mehr da sein wird, wenn man alles in die Aufrüstung stecke. Den Zusammenhang zwischen Sozialabbau und Aufrüstung müsse man deutlicher erklären.

Auf der OV-Sitzung am 11. Januar rief ver.di Saar zur

Teilnahme am Ostermarsch auf. In dem Beschluss hieß es: „Die Ansichten innerhalb von ver.di sind nicht einheitlich, aber ver.di lehnt das Denken in rein militärischen Kategorien ab. Wir warnen vor der einseitigen Fixierung der Debatte auf Waffenlieferungen und ein Denken in den Kategorien „Sieg“ oder „Niederlage“. Wir fordern die Bundesregierung auf, ihr Handeln stärker auf friedliche Ansätze zur Konfliktlösung zu fokussieren.“ Und an anderer Stelle des Beschlusses heißt es: „Ungeachtet der sehr unterschiedlichen Bewertungen der Kriegereignisse in der Ukraine, im Nahen Osten und an den vielen anderen Stellen auf dieser Welt, ist ver.di sich einig, die Perspektive einer umfassenden Sicherheit für alle Erdenbürger\*innen zu verfolgen. Wir fordern intensive Bemühungen Deutschlands und der internationalen Staatengemeinschaft, um allgemeine und weltweite kontrollierte Abrüstung.“ Am Ostermarsch selbst stellte unser Ortsverein jede 10. Demonstrantin bzw. Demonstranten. Auf der 1. Mai-Demonstration waren wir mit unseren großen Friedenstransparenten vor Ort.

Für den 23. Mai hatten wir dem Bündnis „Bunt statt Braun“ eine Straße der Demokratie in Saarbrücken vorgeschlagen. Wir verteidigen das Grundgesetz, indem wir auf dessen Frie-

densgebot aufmerksam machten. Wir stellten fest: „Wenn wir unter dem Motto „Nie wieder Krieg, nie wieder Faschismus“ demonstrieren, dann erinnern wir an die schrecklichen Folgen von Krieg, Gewalt und Faschismus. Der Kampf gegen Nazis und gegen Krieg sind zwei Seiten der gleichen Medaille. Und so gehören die wachsende Kriegsgefahr, der Sozialabbau und der Abbau demokratischer Rechte zusammen. Nicht nur die Politik der AfD ist rassistisch und rechtsextrem, sondern auch andere Kräfte tragen momentan neue rechte und kriegstreiberische Diskurse mit.“ Unsere Aktion erhielt große Aufmerksamkeit, 14 Kolleginnen und Kollegen beteiligten sich.

Am 13. Juni hatte der Vorstand von ver.di-Saar einen Beschluss zur Friedensproblematik gefasst und an die Gewerkschaftsführung appelliert aktiver für „Friedensfähigkeit statt Kriegstüchtigkeit“ zu werden.

In dem Positionspapier äußern wir unsere Sorge, dass Deutschland immer mehr Kriegspartei wird. ver.di betont in dem einstimmig gefassten Beschluss, dass man mit Waffen keinen Frieden schaffen könne, die Herausforderungen seien nur mit Kooperation zu bewältigen. Bezugnehmend auf den Krieg Russland gegen Ukraine heißt es: „Wir sind entsetzt, dass tausende junge Menschen in den Schützengräben verbluten. Wir finden es unverantwortlich, dass deutsche Waffen wieder Menschen in Russland töten. Wir wollen nicht vergessen, dass die deutsche Wehrmacht im II. Weltkrieg über 25 Millionen Sowjetbürger ermordete. Daraus ergibt sich eine besondere Verantwortung heute mit allen diplomatischen Mitteln für eine Friedenslösung zu wirken, es verbieten sich Waffenlieferungen.“ Obwohl wir uns bei den Planungen zum Antikriegstag nicht durchsetzen konnten, riefen wir selbstverständlich zu der Veranstaltung des DGB am 1. September auf. Wir waren mit 23 Kolleginnen und Kollegen vor Ort. Selten waren die Transparente und Schilder auf einem Antikriegstag so deutlich wie dieses Jahr. ver.di war mit ihren Friedenstransparenten da, VVN-BdA und Friedensgruppen machten ihre Meinung deutlich ohne den Charakter der Veranstaltung zu stören. ver.di warb für die Positionen des Ortsverbandes und rief zur Demonstration am 3. Oktober nach Berlin auf. „Wir wenden uns an alle Menschen, die mittun wollen, aus der Sackgasse von Konfrontation und Krieg herauszukommen. Lasst uns alte Streitigkeiten, Differenzen, unterschiedliche Einschätzungen zurückstellen, um in dieser Situation größter Gefahr für den Weltfrieden gemeinsam zu handeln. Wir wollen die Friedensbewegung stärken und viele unterschiedliche Kräfte zum gemeinsamen Handeln ermutigen.“ So in dem ver.di-Flyer, der auch Gegenstand von Gesprächen bei dem anschließenden Friedensfest war. Und das sei weiter unser Credo.



**Berliner Appell:**

# Gegen neue Mittelstreckenwaffen und für eine friedliche Welt

**W**ir leben im gefährlichsten Jahrzehnt seit Ende des Zweiten Weltkriegs. Die Gefahr, in einen atomaren Abgrund zu taumeln oder durch einen konventionellen Krieg umzukommen, ist real. An dieser Weggabelung stehen wir für eine friedliche und solidarische Welt der Gemeinsamen Sicherheit, Solidarität und Nachhaltigkeit für alle Menschen. Wir sagen Nein zur Aufstellung neuer US-Mittelstreckenwaffen in Deutschland. Die geplanten Hyperschallraketen Dark Eagle steigern die Spannungen und sind insbesonde-

re für Deutschland eine Gefahr, zum Ziel eines Präventivangriffs zu werden. Überdies fördern die geringen Vorwarnzeiten das Risiko von Fehlreaktionen.

Die Stationierung wurde ohne jede öffentliche und parlamentarische Diskussion entschieden. Abrüstungsverhandlungen sind nicht vorgesehen. Wir bleiben dabei, Konflikte und Rivalitäten nicht militärisch zu lösen, sondern alles zu tun, Kriege zu vermeiden oder zu beenden.

Dieser Aufgabe darf sich niemand entziehen.

Erstunterzeichner: Yusuf As (Föderation demokratischer Arbeitervereine DIDF- Bundesvorstand); Horst Becker (Parl. Staatssekretär a.D. Bündnis 90/die Grünen); Lothar Binding (Sprecher SPD-AG 60+, ehem. MdB); Peter Brandt (Historiker, Initiative „Neue Entspannungspolitik jetzt!“); Reiner Braun (ehem. Präsident Internationales Friedensbüro (IPB)); Angelika Claußen (IPPNW-Vorsitzende); Sevim Dagdelen (MdB BSW); Daniela Dahn (Schriftstellerin); Renan Demirkan (Schauspielerin); Wiebke Diehl (Journalistin und Autorin); Jan Dieren (MdB, Vorsitzender der DL 21 der SPD); Klaus Dörre (Sozialwissenschaftler-ler); Ulrike Eifler (Gewerkschaftssekretärin); Sefariye Eksi (Bundesvorsitzende Föderation demokratischer Arbeitervereine DIDF); Katja Ebstein (Sängerin); Tino Eisbrenner (Songpoet, Friedensgesellschaft Musik statt Krieg e.V.); Axel Fersen (Koordinator Erhard-Eppler-Kreis); Uta Finckh-Krämer (Pazifistin, ehem. MdB SPD); Hajo Funke (Politikwissenschaftler); Martin Gross (Gewerkschaftssekretär ver.di); Andreas Grünwald (Hamburger Forum); Gregor Gysi (Politiker, MdB die Linke); Christoph Habermann (Staatssekretär a.D.); Rita-Sybille Heinrich (Karl-Liebknecht-Kreis Brandenburg); Lühr Henken (Bundesausschuss Friedensratschlag); Peter Hennicke (Umwelt- und Energieforscher); Jutta Kausch-Henken (Schauspielerin, Friedenskoordination Berlin); Margot Käßmann (Theologin); Oliver Keymes (Landtagvizepräsident a.D., Bündnis 90/die Grünen); Yanick Kiesel (Frieden in Bewegung); Matthias Kollatz (ehem. Finanzsenator SPD); Ralf Krämer (Gewerkschaftssekretär); Wolfgang Lieb (Staatssekretär a. D. SPD); Gesine Löttsch (MdB die Linke); Jochen Luhmann (Friedens- und Umweltforscher); Thomas Meyer (Politikwissenschaftler und Autor); Pablo Miró (argentinisch-deutscher Komponist und Songwriter); Hans Misselwitz (Staatssekretär a. D., Verhandlungsführer 2+4-Verhandlungen); Ruth Misselwitz (Pfarrerin a.D.); Klaus Moegling (Kulturwissenschaftler); Michael Müller (Bundesvorsitzender der NaturFreunde, Parl. Staatssekretär a.D. SPD); Juliane Neigel (Sängerin); Willi van Ooyen (Bundesausschuss Friedensratschlag); Christof Ostheimer (Friedensforum Neumünster); Jürgen Peters (ehem. Vorsitzender der IG Metall); Joachim Radkau (Historiker); Orli Radkau (Frauenrechtlerin); Herbert Sahlmann (SPD Bonn-Bad Godesberg); Michael von Schulenburg (Diplomat, MdEP); Joachim Schuster (MdEP a.D. SPD); Jürgen Scheffran (Friedensforscher); Alice Schwarzer (Frauenrechtlerin, Journalistin); Udo Simonis (Umweltforscher); Jörg Sommer (Vorsitzender Deutsche Umweltstiftung); Wolfgang Streeck (Sozialwissenschaftler); Hans-Jürgen Urban (Vorstand IG Metall); Hannes Wader (Liedermacher); Sahra Wagenknecht (MdB, BSW); Peter Wahl (Publizist, Mitbegründer von Attac); Hans-Eckardt Wenzel (Autor, Musiker); Hubert Weiger (Ehrevorsitzender des BUND); Ernst-Ulrich von Weizsäcker (Umweltforscher); Burkhard Zimmermann (Sprecher AG Frieden der DL 21); Christoph Zöpel (Staatsminister a. D. SPD); Dirk Zöllner (Sänger); Klaus Zwickel (ehem. Vors. der IG Metall).

Ich unterstütze den Aufruf:

Name	Email	Unterschrift

**Am 9. Oktober:**

## Forderungen für ÖD aufgestellt

Die ver.di-Bundestarifkommission auf der Basis der geführten Mitgliederdiskussion am 9. 10. in Berlin für die rund 2,5 Millionen Beschäftigten des öffentlichen Dienstes von Bund und Kommunen ein Forderungspaket geschnürt. Die Gewerkschaft verlangt eine Gehaltserhöhung von acht Prozent, mindestens jedoch 350 Euro monatlich. Zudem sollen die Ausbildungsvergütungen und Praktikantenentgelte um 200 Euro angehoben werden.

Um der steigenden Arbeitsbelastung entgegenzuwirken, fordert ver.di drei zusätzliche freie Tage sowie ein „Meine-Zeit-Konto“. Dieses Konto soll den Beschäftigten ermöglichen, selbst zu entscheiden, ob sie ihre Entgelterhöhungen oder Überstunden in Form von zusätzlicher Freizeit oder als Geldbetrag erhalten möchten. Dadurch wird mehr Flexibilität und individuelle Gestaltung der Arbeitszeit gefördert



Die Laufzeit des neuen Tarifvertrags soll zwölf Monate betragen und die Ergebnisse sollen zeit- und wirkungsgleich auf Beamtinnen und Beamte, Richterinnen und Richter, Soldatinnen und Soldaten sowie Versorgungsempfängerinnen und -empfänger übertragen werden.

Zusätzlich umfasst das Forderungspaket einen neuen Tarifvertrag zur Altersteilzeit mit bevorzugtem Zugang für Beschäftigte in besonders belasteten Berufen sowie einen zusätzlichen freien Tag für Gewerkschaftsmitglieder. Für Beschäftigte in Krankenhäusern und Pflegeeinrichtungen wird eine bezahlte Pause in der Wechselschicht gefordert. Außerdem erwartet ver.di, dass junge Beschäftigte nach erfolgreicher Ausbildung unbefristet übernommen und in die Erfahrungsstufe 2 eingruppiert werden.

Die ersten Verhandlungsrunden sind für den 24. Januar, 17./18. Februar und 14. bis 16. März 2025 angesetzt. ver.di führt die Tarifverhandlungen gemeinsam mit der GdP, der GEW, der IG BAU und dem dbb beamtenbund und tarifunion. Zusammen geht mehr.

**Gedanken von der Ruhebänk**

## Das Gemeinsame

*Wir leben in sehr gefährlichen Zeiten. Die Gefahr, in einen atomaren Abgrund zu taumeln oder durch einen konventionellen Krieg umzukommen, ist real. Menschen, die sich der Friedensbewegung zuordnen, haben sehr unterschiedliche Ansichten hinsichtlich der Ursachenklärung, aber auch der Lösungsansätze.*



*Unabhängig davon sollten wir uns klar werden: Egal, ob wir für eine bessere Daseinsvorsorge, für gute Gesundheitsversorgung, faire Bildungschancen, für gute Infrastruktur*

*eintreten oder uns die Entwicklung des Klimas Sorge bereitet, die Lösungen der Probleme wird nicht möglich sein, wenn die Menschheit sich gegenseitig umbringt und schon die Aufrüstung uns die Luft zum Atmen nimmt.*

*Eine sehr große Übereinstimmung gibt es in der Ablehnung der Stationierung neuer US-Raketen. Dieser Konsens zeigte sich sehr deutlich bei aller Unterschiedlichkeit auf der Berliner Demonstration am 3. Oktober 2024. Wenn die Friedensfrage nun wirklich zur wichtigsten Frage des Überlebens geworden ist, dann ist es unerheblich, ob der Mensch BSW, SPD, Die Linke oder CSU gewählt hat. Keine Frage: Frieden ist nicht alles, aber ohne Frieden ist alles nichts. Es gilt entsprechend zu handeln.*

*Die geplanten Hyperschallraketen Dark Eagle steigern die Spannungen und sind insbesondere für Deutschland eine Gefahr, denn Raketen wirken wie Magneten. Überdies fördern die geringen Vorwarnzeiten das Risiko von Fehlreaktionen. Die Stationierung wurde ohne jede Diskussion entschieden. Abrüstungsverhandlungen sind nicht vorgesehen.*

*Die Ablehnung der Raketen ist ein gemeinsamer Nenner, es ist auch das schwächste Kettenglied der Aufrüstungsbefürworter. Nur wenn wir, dieses Glied brechen, gibt es überhaupt erst eine Chance über weitergehende Fragen sich zu verständigen.*

*Es gibt nichts wichtigeres als alles dafür zu tun, Kriege zu vermeiden oder zu beenden. Die Mehrheit der Menschen lehnt die Stationierung der Raketen ab. Es muss unsere Aufgabe sein, den Willen dieser Mehrheit durchzusetzen. Das ist Demokratie.*

*Lasst uns ruhig weiter über Ursachen, Wirkungen und Lösungen diskutieren und auch friedlich streiten, aber lasst uns dabei jetzt das Gemeinsame in den Mittelpunkt stellen.*

**MQ**

**29. Oktober:**

# Streiks in der Daseinsvorsorge

Anlass der Themenreihe „Das Streikrecht im Mittelpunkt“ sind aktuelle Forderungen um eine Einschränkung des Streikrechts in der „kritischen Infrastruktur“ der öffentlichen Daseinsvorsorge. Würden diese umgesetzt, droht auch eine Übertragung auf andere Branchen, so die Befürchtung der Gewerkschaften. Dabei ist der Streik oft das letzte Mittel, um das Machtgleichgewicht zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern zu überwinden.



Dagegen ist in Zeiten eines abnehmenden Vertrauens in demokratische Institutionen auch eine Erweiterung des Streikrechts auf politische Belange, die mit den eigenen Arbeitsbedingungen verbunden sind – beispielsweise die Personalausstattung im Öffentlichen Dienst – zu diskutieren. So könnte möglicherweise ein Beitrag zur Stärkung der Demokratie geleistet werden.

Vor diesem Hintergrund laden die Arbeitskammer des Saarlandes und der DGB Saar nun zur dritten Veranstaltung der Themenreihe Streikrecht am 29. Oktober 2024 von 17 Uhr bis 19:30 Uhr in den Großen Saal der Arbeitskammer in Saarbrücken ein.

Weitere Informationen und Anmeldung:

[www.arbeitskammer.de/ak-forum-streik](http://www.arbeitskammer.de/ak-forum-streik)

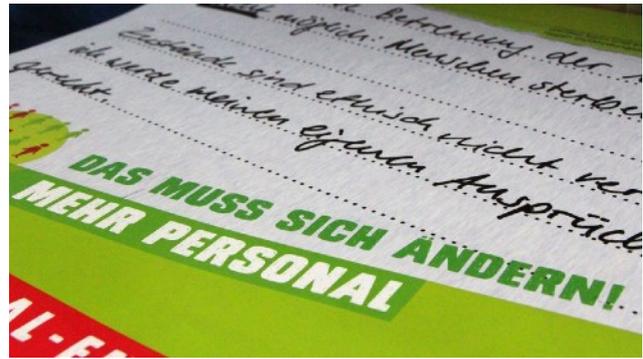
Hier geht's direkt zum Online-Formular:

[www.arbeitskammer.de/themenreihe-streikrecht](http://www.arbeitskammer.de/themenreihe-streikrecht)

**Psychische Belastung:**

## Hilfen zur Gefährdungsbeurteilung

Die Gefährdungsbeurteilung der psychischen Belastung gehört zu einem umfassenden Präventionskonzept dazu. Aber wie sieht eine solche Gefährdungsbeurteilung in der Praxis aus?



Wie lassen sich Belastungen überhaupt erfassen? Wie einordnen und bewerten? Und wie darauf reagieren? Die Berufsgenossenschaft für Gesundheitsdienst und Wohlfahrtspflege (BGW) hat geeignete Verfahren zur Gefährdungsbeurteilung der psychischen Belastung entwickelt, denn das Arbeitsschutzgesetz fordert ausdrücklich die Berücksichtigung der psychischen Belastung (vgl. § 5 ArbSchG).

Die Berufsgenossenschaft Gesundheitsdienst und Wohlfahrtspflege (BGW) hat einen guten Ratgeber herausgegeben. Dieser Ratgeber vermittelt Wissen über Ziele und Methoden der Gefährdungsbeurteilung psychischer Belastung. Er liefert Hintergrundinformationen darüber, wie wichtig der Schutz der psychischen Gesundheit ist. Als Handlungsleitfaden bietet er praktische und konkrete Unterstützung für die Durchführung.

Von der Einladung der Mitarbeitenden über die Auswertung der Befragung bis hin zu Moderationsvorlagen für den Workshop: Hier finden sich ergänzende Dokumente zur Handlungshilfe, die als PDF heruntergeladen und eingesetzt werden können. Die Daten aus den ausgefüllten Fragebögen werden mit dem PDF-Auswertungstool ausgewertet.

Die BGW-Handlungshilfe führt Schritt für Schritt durch das Verfahren. Handlungshilfe, Checklisten, Fragebogen, Auswertungstool und Arbeitsmaterial können auf der [BGW-Seite für die Handlungshilfe](#) heruntergeladen werden.

**Geschäftsführer geht zum 1.11.:**

## Tom übernimmt neue Aufgabe



Unser Geschäftsführer im ver.di Bezirk Region Saar- Trier, Kollege Thomas Müller, gibt seine Tätigkeit als Geschäftsführer zum 1. November auf. Er übernimmt eine verantwortliche Aufgabe im Ministerium für Arbeit, Soziales, Frauen und Gesundheit im Saarland.

Der Ortsverein sagt Tom Danke für seine Arbeit

und wünscht ihm alles Gute!

## Versammlung am 10. Oktober:

# Ohne Abrüstung keine Transformation

**14 Kolleginnen und Kollegen des Ortsvereins Saar der Gewerkschaft ver.di trafen sich am 10. Oktober im DGB-Haus zu ihrem monatlichen Treffen. Fünf Tagesordnungspunkte standen auf dem Programm.**

Vorsitzender Rainer Tobae befasste sich in seinem Bericht zur gewerkschaftspolitischen Lage zu Beginn gleich mit der Tarifrunde des Öffentlichen Dienstes und informierte über die Forderungsaufstellung. Weil gleichzeitig eine Tagung der ÖD-Betriebe im ver.di-Haus stattfand war die Sitzung ja ins DGB-Haus verlegt wurden. Im Laufe der Versammlung kamen auch drei Kolleginnen aus den kommunalen Krankenhäusern nach dem Ende der ÖD-Versammlung und informierten unsere Gruppe. Zu den konkreten Forderungen siehe auch den Artikel hier im Rundbrief.

Auch die Tarifrunden der Sparkassen und im Öffentlich-Rechtlichen Rundfunk waren Gegenstand des Berichtes und der anschließenden Debatte.

Rainer betonte, dass die Verteilungskämpfe unter den Bedingungen der Aufrüstung und der Krisen von hoher politischer Bedeutung und schwierig zu führen seien. Schon die ersten Reaktionen der kommunalen Arbeitgeber würden zeigen: Das durchzusetzen, wird eine harte Auseinandersetzung erfordern, zumal die ver.di-Forderungen erneut über den Forderungen der Industriegewerkschaften liegen. Die IG Metall – in der Vergangenheit zumeist Vorreiter bei der Tarifentwicklung – verhandelt seit September über sieben Prozent mehr Geld. Die Vereinigung der kommunalen Arbeitgeberverbände (VKA) beziffert die Gewerkschaftsforderungen für den öffentlichen Dienst inklusive der zusätzlichen freien Tage auf insgesamt 10,86 Prozent. Die Zusatzkosten beliefen sich nach ihrer Rechnung auf 14,88 Milliarden Euro. Wenig überraschend erklärte VKA-Präsidentin Karin Welge (SPD), diese Ausgaben seien „nicht zu stemmen“ und passten „nicht in diese Zeit“.

Besonders aufgebracht geben sich die Arbeitgeber, weil wir erneut überproportionale Steigerungen durchsetzen wollen. In der Tat würde der monatliche Mindestbetrag von 350 Euro bis hinauf in die Entgeltgruppe 9 wirken und so über zwei Drittel der Beschäftigten besserstellen als eine Erhöhung um acht Prozent.

Zweites wichtige Thema auf der Versammlung und im direkten Zusammenhang mit dem ersten Thema war die Zuspitzung der Kriegslagen in Nahost und in der Ukraine. Da sei einerseits die Trauer über zehntausender Tote, dann die Angst, dass wir in die Kriege hineingezogen werden und schließlich die große Sorge, dass

angesichts der Aufrüstung noch Geld vorhanden bleibt, um die Aufgaben im Land zu lösen. Rainer Tobae meinte damit nicht nur die Tarifrunden sondern



explizit Transformationsnotwendigkeiten für unser Land. Nach seiner Beobachtung wachsen die Zweifel im Land, ob wir in der Lage sein werden, die Aufgabe zu stemmen. Er verwies auf die Schwierigkeiten beim Wasserstoffvorhaben im Stahlbereich, der Situation bei Ford und ZF, die Kurzarbeit in einigen Metallbetrieben und Probleme bei Ansiedlungsvorhaben. Er verwies aber auch auf die Probleme bei den Brücken und der Verkehrspolitik und in den Krankenhäusern und aktuell bei der Pflegeversicherung. Diese Probleme seien nur mit einer anderen Politik zu lösen. Nur wenn es uns gelänge, die Verhältnisse zu ändern, könne man auch die Rechtsentwicklung stoppen. Kritisch äußerte er sich zu dem Besuch von Minister Pistorius im Saarland. Eine Transformation verlange nach enormen finanziellen Mitteln. Da dürfe man die Kohle nicht in der Rüstung verbrennen, die „kleine, aber feine Rüstungsindustrie im Saarland“ (nach MP Rehlinger) würde uns nicht aus der Misere führen.

Hoffnung mache die Friedensdemo am 3.10. in Berlin, beeindruckend sei die Breite der Aufrufer. In dem Zusammenhang gab es auch noch einmal einen Rückblick auf den Antikriegstag und es wurde über die Einladung an Ulrike Eifler berichtet. Schließlich gab es noch einen Werbeblock zum Berliner Appell, den wir hier auch dokumentiert haben.

Rainer berichtete noch von einem Gespräch mit dem DGB-Chef von der Saar, Timo Ahr. (Wir hatten in der letzten Ausgabe informiert).

Neben der Diskussion der Ausführungen berichtete Michael Quetting noch über die Bezirksvorstandssitzung, vereinbart wurde am 9. Januar eine Veranstaltung mit Timo Ahr sowohl zur Friedenspolitik als auch zu aktuellen Gewerkschaftsstrategien durchzuführen. Gegen 20:30 Uhr war die Sitzung beendet.